

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Streichband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2906.

Inserate kosten die achtstündige Normzeit (Bsp. oder deren Raum 120 M.). Wochenspreisen des letzten Monats 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Leertextspreisen 10 Pf. Bei Familien- u. Vereinsabonnements fällt der Zuschlag fort. Insetze für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2709

FREIHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Spaltung der ungarischen Sozialisten.

Trennung zwischen Sozialisten und Kommunisten.

H. N. Wien, 26. August.

Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, war eine der Voraussetzungen für den Eintritt der Sozialdemokraten in das Koalitionskabinett die völlige Abkehr von der bolschewistischen Plattform. Die Parteileitung hielt gestern eine Vertrauensstimmung ab, in der beschlossen wurde, die 3. Internationale zu verlassen und wieder zur 2. Internationale zurückzukehren. Die Verschmelzung, die unter Bela Kun zwischen den Kommunisten und sozialistischen Flügel der Partei vorgenommen worden war, ist am gestrigen Tage aufgehoben worden. Sämtliche Vertreter der früheren Richtung sind aus der Parteileitung ausgeschlossen. Nur vier Mitglieder, die durch das frühere Regime nicht kompromittiert sind, verbleiben in der Parteileitung, von der früheren sozialdemokratischen Parteileitung nur Garani und Kuchlinger. Die Arbeiterschaft der ganzen Welt soll durch eine Resolution von diesem Beschluß verständigt werden.

Bildung eines Staatsrats.

H. N. Budapest, 26. August.

Gestern nach Mitternacht haben die Führer sämtlicher Parteien Besprechungen mit den Ententevertretern abgehalten. In der Konferenz wurde beschlossen, bis zur Einberufung der Nationalversammlung einen Staatsrat zu wählen, der aus drei Mitgliedern, und zwar einem Gewerbetreibenden, einem Arbeiter und einem Mitglied der Bauernschaft bestehen soll. Der Staatsrat wird dann ein neues Ministerium ernennen.

Die Auslieferung der früheren Volksbeauftragten wird gefordert.

H. N. Wien, 26. August.

Wie der Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ von gültiger Seite erfährt, hat die ungarische Regierung vorgestern dem deutsch-österreichischen Staatsrat für Neuhäuser eine dringende Note übermittelt, in der die baldige Auslieferung der in der Reichsregierung internierten früheren ungarischen Volksbeauftragten angefordert wird. Die Note zählt die Verbrechen und Gewalttätigkeiten auf, denen die internierten Volksbeauftragten ausgesetzt wurden, und enthält eine juristische Begründung für die Verurteilung des Ersuchens.

Die Rückkehr der Gefangenen.

Comburg v. d. S., 26. August.

Dem Stad der Gruppe Rhein wird über die Rückführung der in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen gemeldet: Nach Mitteilungen des englischen Armeekommandos an den deutschen Generalkommandanten des Brückenkopfes Rhein wird die Rückführung der deutschen, in englischen Händen befindlichen Kriegsgefangenen voraussichtlich am 26. August beginnen. Bei der Abholungskommission Rhein würde etwa alle zwei Tage ein Bahntransport von 2000 Kriegsgefangenen eintreffen. Es ist beabsichtigt, die Rüge abwechselnd den Durchgangslagern Gießen und Meschede zuzuleiten.

Milderung des österreichischen Vertrages.

H. N. Wien, 26. August.

Zu der bevorstehenden Heberzeugung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages wird der „Neuen Freien Presse“ aus Ententekreisen mitgeteilt, daß die in einzelnen wichtigen finanziellen Bestimmungen enthaltenen Unklarheiten und Widersprüche durch eine präzisere Fassung vermieden werden sollen, die schon an und für sich günstigere Bedingungen für die spätere endgültige Entscheidung der Übergangskommission schaffen wird. Diese Kommission dürfte Vollmachten von außerordentlicher Bedeutung erhalten, die nicht nur auf eine Interpretation grundlegender Fragen, sondern auch auf geringe Abänderungsmöglichkeiten bezogen.

Meuterei englischer Soldaten.

Rotterdam, 26. August.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß die zweihundert britischen Soldaten, die sich in Southampton befinden, an Bord eines Schiffes zu sehen, daß sie nach Frankreich

bringen sollte, während sie befürchteten, nach Rußland befördert zu werden, von drei Kompanien des aus Portsmouth herbeigekehrten Suffregiments in den Parks, wo sie übernachteten, umzingelt wurden. Die herbeigekehrten Truppen waren mit Maschinengewehren und Bajonetten ausgerüstet. Den Meuturern wurde eine Stunde Bedenkzeit gegeben. Als diese vergangen war, ohne daß sie sich ergeben hatten, wurden alle zweihundert verhaftet, ohne daß sie Widerstand leisteten.

Vergrößerung der Kohlenförderung in England.

H. N. Gass, 26. August.

Zus London wird gemeldet: Der Präsident des britischen Bergarbeiterverbandes Smillie erklärte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Morning Post“: Ich glaube, daß innerhalb kurzer Zeit die Kohlenförderung um mehrere Millionen Tonnen vergrößert werden wird. Denn wird auch eine Herabsetzung des Preises nicht ausbleiben können. Von seiner Seite wurde eine Verringerung der Kohleförderung angelehnt, und wenn dies dennoch von irgendeiner Seite geschehen würde, so würden die Ausschüsse der Bergarbeiterverbände ihre Maßnahmen dagegen treffen. Smillie erklärte weiter, daß das Bestreben der Bergwerksbesitzer, tatsächlich eine Garantie für gleiche Gewinne, wie vor Kriegsausbruch zu erhalten, kaum zur Hebung der Produktion beitragen kann. Sie hat nicht nur bei dem Personal, sondern auch bei der Direktion eine gewisse Sorglosigkeit herbeigeführt, die die Produktion erheblich beeinträchtigt.

Die Teuerung in Frankreich.

T. U. Basel, 26. August.

Nach einer im „Eclair“ veröffentlichten Zusammenstellung hat die Teuerung für Lebensmittel und Haushaltsartikel in ganz Frankreich um 100 bis 200 Prozent zugenommen. In sieben Departements beträgt sie 188 bis 190 Prozent, in 27 übersteigt sie 200 Prozent, und in den anderen Schwankt sie zwischen 150 und 200 Prozent.

Für die Opfer der amerikanischen Kriegsjustiz.

Wie der „Populär“ mitteilt, widmet sich die angesehenste amerikanische Wochenzeitschrift „Appeal to Reason“ der Verteidigung der Opfer politischer Verfolgung. Sie veröffentlicht Dokumente über die Anklage gegen G. D. Debs, dessen Verurteilung im Jahre 1918 aufsehen in der ganzen Welt erregt hat, weist nach, daß die Rede, die Debs am 16. Juni 1918 in Canton gehalten hat und worauf sich die ganze Anklage wegen Verrat und Spionage stütze, keinerlei Anhaltspunkt zu dieser Anklage bietet. Sie enthält nicht einmal eine direkte Behauptung des Krieges, sondern Debs beschränkte sich in der Hauptsache darauf, die antidemokratischen Handlungen der Regierung und den Breukengeist der amerikanischen Plutokraten und Politiker zu kennzeichnen.

Unrühmliches Ende.

Da nach den Bestimmungen der Reichsverfassung alle Teile der Wehrmacht des Deutschen Reiches unter den Oberbefehl des Reichspräsidenten getreten sind, hat die Selbständigkeit der Heeresverwaltungen der einzelnen Länder aufgehört und damit hat die Ministerialbahn des Herrn Schneppenhorst ein unrühmliches Ende genommen. Dieser Abgang dürfte kaum von irgendeinem anderen Menschen bedauert werden als von Herrn Schneppenhorst allein. Denn selbst seine politischen Freunde fanden ihm, nachdem er durch sein Verhalten bei der Auslösung der Räterepublik gezeigt hatte, daß es ihm ganz gleichgültig war, welcher Regierungsform er diene, wenn er nur eine Rolle spielen konnte, mit großer Abneigung gegenüber. Sie hielten ihn nur, weil sie fürchteten, durch seinen Abgang größere Schwierigkeiten zu haben. Schneppenhorst endet als das Opfer der Reichsverfassung, die er anfänglich einschüden belächelt, deren Einführung in Bayern er mit verhindert hat und die er dann später selber rief, als seine Spekulation auf die Räterepublik mißglückt war.

Der Gewaltstreik!

Wie uns mitgeteilt wird, sind im Anschluß an die Besetzung der Räume des Volksrates am Sonnabend Schutzhaftbefehle ausgestellt worden gegen dessen Mitglieder Ernst Däumig, Richard Müller, Paul Langer, Wilhelm Götter und Neumann.

Der Kampf der Bergarbeiter um den Sechsstundentag.

Seit der Novemberrevolution ist das deutsche Wirtschaftsleben mehrfach durch große Bergarbeiterstreiks erschüttert worden. Ohne und gegen den Willen der Gewerkschaften standen mehrfach im Ruhrgebiet nach wenigen Tagen Hunderttausende von Bergarbeitern im Generallstreik, waren die Beiden fast ausnahmslos stillgelegt und die Kohlenförderung für Wochen unterbunden. Die bürgerliche Presse, die Rechtssozialisten und die Unternehmer waren in vollständiger Verkennung der allgemeinen Ursachen solcher großen Massenbewegungen der Ansicht, daß die Ursachen dieser Streiks nur in dem ungezügelter Terror einer kleinen Minorität begründet sei. „Spontane“ und „bolschewistische“ Agitation war nach ihrer Meinung die alleinige Ursache für die Ausstandsbewegung der Bergarbeiter. Von ihnen wurde deshalb die Regierung unterstügt, die ebenfalls glaubte, daß mit der dauernden Verhängung des Belagerungszustandes, mit der Aufhebung von Zensur und Geschlossenheit die Ruhe unter den Bergarbeitern leicht herzustellen sei.

Während Monate der Herrschaft von Gewalt sind im Ruhrgebiet seit der Einführung des Belagerungszustandes ins Land gegangen. Aber der Zustand, den ein profitierendes Unternehmertum herbeiführt und den die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Exzessivmitteln herbeizuführen getrachtet hat, ein Zustand, in dem die Bergarbeiter sich müde losen allen Anforderungen ihrer Ausbeuter stellen, ist nicht erreicht worden. Er konnte auch nicht erreicht werden, da nichts getan worden ist, um die wirtschaftlichen Forderungen der Bergarbeiter zu erfüllen.

Wohl haben die Bergarbeiter durch ihre großen Kämpfe die Einführung der Sechsstundenschicht erreicht. Aber sie haben deshalb ihren Kampf um die Einführung des Sechsstundentages nicht aufgegeben, die sie für unerlässlich halten. Damit auch sie in ihrer schmerzlichen, Körper und Geist ungleich mehr als andere Arbeit anstrengenden Tätigkeit ein menschenwürdiges Dasein führen können. So ungesüß ist dieses Verlangen der Bergarbeiter, daß die Regierung sich vor einigen Wochen veranlaßt gesehen hat, eine aus Unternehmern, Arbeitern und wissenschaftlichen Sachverständigen zusammengesetzte Kommission einzusetzen, die eine Prüfung der Frage der Einführung der Sechsstundenschicht im Bergbau zur Aufgabe hatte. Die Verhandlungen dieser Kommission, die in Essen stattfanden und öffentlich waren, sind vor einigen Tagen beendet worden.

Dieser man die veröffentlichten Berichte, so ist vor allen Dingen bedeutsam, daß die Verhandlungen nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür gegeben haben, daß man außer in die Bergarbeiterschaft hineingetragene Unruhe oder politische Motive die soziale Säugung im Ruhrgebiet verdrängen wollten. Im Gegenteil, die Verhandlungen haben erdrückendes Material für die Tatsache geliefert, daß die soziale Lage der Bergarbeiter schlecht ist, hinter der anderer Arbeiterschichten zurückbleibt, und daß soziale Reformen unabwendbar sind. Unter dem Eindruck dieser Feststellungen hat die Kommission nicht verstanden, sich gegenüber der Einführung des Sechsstundentages für den Bergbau so ablehnend zu verhalten, wie es die gesamte Öffentlichkeit tat, als während des letzten Bergarbeiterstreiks die Bergarbeiter allein diese Forderung erhoben. Zwar erklärten die Unternehmer, daß eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein müßten, ehe man den Sechsstundentag einführen könne, während die Arbeiter seine Einführung für den 1. Dezember verlangten, aber ihn grundsätzlich abzulehnen, dafür fehlte den Unternehmern doch angesichts der Verhältnisse im Ruhrgebiet jede begründete Möglichkeit.

Es ist ganz deutlich, daß die Anschauung, die Bergarbeiter seien verhebt und würden nur deshalb in den Streik getreten sein, einer besseren Einsicht gewichen ist. Nicht aus Wohlwollen gegenüber den Arbeitern, sondern gezwungen von dem ebernen Ruh der wirtschaftlichen Notwendigkeit sehen jetzt Unternehmer und Regierung ein, daß Zwang und Gewalt gegenüber den Bergarbeitern versagen müssen, daß man damit vielleicht erreichen kann, daß die Bergarbeiter in die Gruben fahren, daß eine Steigerung der Kohlenherzeugung aber nicht eintreten wird. So erfreulich diese von uns seit jeher betonte Einsicht auch ist, so bereichernd ist es, daß

Gewerkschaftliches.

Ein Schiedspruch über Streikarbeit.

Der zur Schlichtung von Arbeitsverhältnissen zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen in Berlin und dem Verband der deutschen Versicherungsbeamten in München zusammengetretene paritätische Schlichtungsausschuss hat in seiner am Donnerstag vor-gesetzten im Reichsarbeits-Ministerium abgehaltenen Sitzung einen Schiedspruch gefällt, in dem es unter anderem heißt: Der Schlichtungsausschuss erachtet es nicht für zuträglich, wenn die Arbeit, zu der ein Angestellter vertraglich verpflichtet ist, aus anderen als gesetzlichen Gründen verweigert wird. Die Verweigerung damit, daß einem Angestellten keine Streikarbeit zugemutet werden kann, entbehrt der gesetzlichen Grundlage.

Dieser Schiedspruch ist ein Schlag ins Gesicht der Arbeiter. Der Arbeiter ist seinen Klassenfeinden gegenüber moralisch verpflichtet, jede von ihm verlangte Streikarbeit abzulehnen. Wenn sie dennoch von ihm verlangt wird, dann verliert dieses Verlangen gegen die guten Sitten, und nach § 188 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, nichtig. Der Arbeiter kann also, wenn Streikarbeit von ihm verlangt wird, das Arbeitsverhältnis unter Geltendmachung seiner Ansprüche sofort lösen; falls er wegen Verweigerung von Streikarbeit entlassen wird, steht ihm der Anspruch auf Auszahlung seines Lohnes für die Kündigungsfrist ebenfalls zu.

Der Schiedspruch ist um so verwunderlicher, als das Recht des Arbeiters, Streikarbeit zu verweigern, anerkannt ist. So z. B. dürfen die öffentlich-rechtlichen Arbeitsnachweise keine Arbeiter nach befristeten Verträgen vermitteln, und zwar ist diese Bestimmung ausdrücklich aus der Erwägung heraus getroffen worden, daß einem Arbeiter nicht zugemutet werden kann, Streikarbeit zu leisten. Auch bei der Erwerbslosenfürsorge ist darauf Rücksicht genommen worden, indem keinem Arbeiter die Unterstellung entzogen werden darf, weil er sich weigert, Arbeit in einem befristeten Betriebe anzunehmen.

Sollen diese Grundfälle, die in der sozialen Rechtsprechung bisher überall Geltung erlangt haben, nunmehr wieder aufgehoben werden? Das wäre dann allerdings auch eine Errungenschaft der Revolution, die sich neben mancher anderen sehen lassen könnte.

Sieg der Unabhängigen bei der Arbeiterratswahl der Straßenbahn.

Der Arbeiterratswahl der Groß-Berliner Straßenbahn teilte und soeben das Resultat der Arbeiterratswahlen mit. Es wurden abgegeben auf die Liste der U. S. P. 6847 Stimmen auf die Liste der S. P. D. 2023 Stimmen des Parteipersonals. Es sind somit gewählt 10 Mann U. S. P. und 2 Mann S. P. D.

Der gesamte Arbeiterratsrat mit technischem Personal ergab 15 U. S. P., 2 S. P. D.

Kaufmännische Angestellte, hört!

Die bürgerlichen Organisationen der Angestellten, wie der Kaufmännische Verein von 1888, der Verein der Deutschen Kaufleute, der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, der Deutschnationale Handlungskreis-Verband usw. wissen, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder innerlich längst mit den Harmonieverbänden gebrochen haben. Daher versuchen sie in geradezu gegen die guten Sitten verstoßender Art und Weise, die Handlungsgeschäfte und Geschäftswesen, die ihnen freiwillig nicht mehr anhängen wollen, durch die schärfsten Zwangsbestimmungen zu fesseln. Die Statuten der genannten Verbände gestatten den Mitgliedern nur einmal im Jahre zu kündigen, und zwar zum 1. Januar. Die Kündigungen müssen aber bis spätestens am 30. September in den Händen der Verwaltung sein. Druck erzeugt Gegen-Druck. Nun erst recht heraus aus den Verbänden der Harmonie! Das muß die Parole aller denkenden Kollegen und Kolleginnen sein. Wehe der Organisation, die sich nicht auf die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft verlassen kann, sondern zu Zwangsbestimmungen, wie die oben wiedergegebenen greifen muß! Versäume niemand den Ausstiebstermin! Nicht bis zum letzten Tage warten, sondern rechtzeitig die Austrittserklärung abgeben. Der Monat September soll den Leitern der selben Verbände zeigen, daß die Anstaltsgeistlichkeit es fast hat, sich von den Freunden der Arbeitgeber am Gängelbände führen zu lassen. Der Zentralverband der Handlungsgeschäfte fordert dafür, daß den Kollegen und Kolleginnen die in den Harmonieverbänden erworbenen Rechte nicht verloren gehen, denn Mitgliedern anderer Handlungsgeschäftsverbände, die aus diesen austreten, um sich dem Zentralverband der Handlungsgeschäfte anzuschließen, wird bei Übernahme von Unterhaltungen usw. die Dauer der Mitgliedschaft angerechnet. Hinein in den Zentralverband!

In der Generalversammlung der Textilarbeiter (Zahlstelle Berlin) am 31. August im Gewerkschaftshaus ermittelte der Delegierte zum Verbandsrat, Max Gruhl, den Bericht von der Blauen Tagung. Nach Schilderung der Vorgänge bemerkte der Referent, daß dieser Verbandsrat gute Arbeit geleistet habe, um den Verband noch inniger und auch zu stärken. Der Beifall und die Zustimmung der Diskussionsredner bewiesen das Einverständnis mit den Delegierten. Bei der Wahl von 9 unbefeholten Mitgliedern für den Verbandsrat wurde laut Antrag mit großer Majorität beschlossen, daß nur Mitglieder der U. S. P. D. oder S. P. D. gewählt werden sollen. Deswegen verließen 14 Mitglieder der sogenannten „Rechtspartei“ den Saal. Es wurde dann beantragt, nur in der „Freiheit“ zu inserieren.

Nein! Soeben erschienen! Nein!

DIE MÜNCHENER TRAGÖDIE

Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räte-Republic München

Mit Bildern des Landgerichtsdirektors Stadelmayer und des Staatsanwalts Hahn

Preis 1,25 NL.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, o. G. m. b. H., Abt. Buchhandel, Berlin NW 6, Schillingersdamm 17

„Sie werden jeden Tag, den ich noch der Belagerungsgelände andauert, als höchstliche Belagerung zum Schutze materieller Interessen betrachten, und es ist schwer geworden, das zu widerlegen.“

Sie glauben daraufhin, daß Bremen in dieser Werbung genannt wird, seinen Augenblick lang mehr daran, daß die anderen Orte wirklich gequält sind.“

Diese Ausführungen des rechtssozialistischen Blattes sind insofern bemerkenswert, als sich auch dort die Erkenntnis Bahn bricht, daß es sich bei diesen Vorfällen nicht um Ausnahmefälle, sondern um planmäßige Aktionen handelt. Wenn das Blatt dann ferner die Regierung auffordert, die Reichswehrtruppen zur Arbeit zurückzuführen, damit sie nicht auf Belagerungszustände in Deutschland oder den Verkauf ihrer Körper an die russischen Diktatoren angewiesen seien, so stellt es allerdings eine unerhörte Forderung. Diese Regierung ist nicht fähig, ohne den Belagerungszustand auszukommen und muß eben weiter mit Lügenmeldungen seine Notwendigkeit zu beweisen suchen.

Hungerstreik zweier Offiziere.

Am 8. Juni wurde der stellvertretende Kommandeur des Korps Meißel, Leutnant der Reserve Müller, und der Adjutant des Korps, Leutnant der Reserve Pieperbeck, unter dem Verdacht „spatialistischer Gesinnung“ verhaftet. Die Offiziere sitzen seit dieser Zeit in Untersuchungshaft, gegenwärtig im Amtsgerichtsgefängnis Pasewalk. Alle Beschwerden gegen den Haftbefehl waren bisher erfolglos. Eine Eingabe an den Reichswehrminister Roske blieb unbeantwortet. Die Offiziere sind bisher noch nicht vernommen worden und um sich aus ihrer verwerflichen Lage zu befreien, sind sie am 10. August in den Hungerstreik getreten. Aber auch dieses Mittel hat die maßgebenden militärischen Stellen bisher noch nicht veranlaßt, sich der Offiziere anzunehmen und ihren berechtigten Forderungen Gehör zu schenken. Wir fragen hiermit bei der Regierung an, ob sie die Rechtfertigung im neuen Deutschland zum Prinzip erheben will und ob sie den Gefangenen grundsätzlich das Recht verleiht, wenigstens verhört zu werden?

Bei einer Übung fast totgeschlagen.

Die aus Mittelnberg gemeldet wird, hat dort eine neue merkwürdige Ausbildungsmethode bei den Reichswehrtruppen fast ein Menschenleben gefordert. Am Sonnabend wurde eine Abteilung Soldaten im „Hausjuch“ ausgebildet. Hierbei mußten sich die Soldaten auch in einer seltsamen Art der Gefangenenbehandlung üben, indem sie auf Befehl auf diejenigen, welche die Befehle darstellten, einschlagen mußten. Bei dieser Dressur erhielt ein junger Soldat einen so heftigen Schlag auf den Kopf, daß er mit schwerer Schädelverletzung ins Lazarett transportiert wurde. — Selbst im Kriege war es nicht üblich, die Soldaten extra zur Gefangenenbehandlung abzurichten. Wie gefährlich diese Truppen ihre Arbeit im Ernstfall leisten werden, geht daraus hervor, daß sie schon bei der Übung ihre eigenen Kameraden halbtot schlugen.

Als erster japanischer Handelsdampfer ist der japanische Dampfer „Taibo Maru“ mit einer Ladung Kopra, aus Java kommend, im Hamburger Hafen eingetroffen.

Einkellung der Gaderengung in Dessau. Die Dessauer Gas-anstalt stellte infolge des Kohlenmangels die Gasfabrik an die Stadt gänzlich ein.

Im Hafen von Marseille ruht die Arbeit vollkommen, so daß selbst eingetroffene Genußschiffe nicht entladen werden können.

Das gesamte Personal des Amsterdamer Gemeinderats hat einen 24stündigen Streik beschlossen, weil die gestellten Forderungen durch den Magistrat abgelehnt wurden.

Angestelltenstreik in britischen Konsumvereinen. Bei 300 britischen Konsumvereinen, die 1 1/2 Millionen Mitglieder zählen, ist ein Streik ausgetreten. Die linksstehenden Wähler sind der Ansicht, daß die Mitglieder der Konsumvereine, die hauptsächlich Arbeiter sind, sich auf den Standpunkt des Personals stellen hätten.

Die bulgarische Friedensdelegation überreichte dem Obersten Rat der Allierten zwei neue Notizen. In der ersten wendet sich die Delegation dagegen, daß Serbien an der bulgarischen Westgrenze Gebiete zugesprochen werden sollen, die seit der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens bulgarisch sind. In der zweiten Note verlangt die Delegation die sofortige Freilassung der Kriegsgefangenen.

musikalischen Leitung und Regie traten sich besonders der vortreffliche Franz Groh (auch als Spielleiter), Karl Grünwald, Fritz Werner sowie Margit Suchy (vom Theater an der Wien) hervor.

Die Stadttheater eröffnen die neue Spielzeit am Sonntag, den 31. d. Mts. Es wird gegeben: im Opernhaus am 31. (außer Abonnemen!) „Lohengrin“, Anfang 6 1/2 Uhr, am Montag, den 1. September, 107. Abonnementsvorstellung „Rathsa“, Anfang 7 1/2 Uhr, im Schavpielhause am 31. d. Mts. (außer Abonnemen!) „Die Räuber“, Anfang 6 1/2 Uhr, am Montag, den 1. September, 170. Abonnementsvorstellung „Stella“, Anfang 7 1/2 Uhr. Der Barverkauf beginnt am Donnerstag, den 28. d. M., an den üblichen Verkaufsstellen.

Im Deutschen Künstler-Theater wird am 1. September Bothe Schmidts erfolgreiche Schwan „Das Schloß am Wannsee“ wieder aufgenommen.

Im Berliner Theater geht am Dienstag „Die Dame im braunem Kleid“ von Walter Brontome, zum 25. Male in Szene. Die Titelrolle spielt Pia von Moosburg.

Das Lessing-Theater hat Romain Rollands Drama „Die Zeit wird kommen“ in der Uebersetzung von Stefan Zweig zur deutschen Uraufführung für die kommende Spielzeit erworben.

Im Rose-Theater wird jetzt ein großgemessenes Schauspiel „Sommeracht“ von Wilhelm Brauns gegeben, in dessen schauerlichen Tragödien eine junge Darstellerin, Clara v. Joe, Talent zeigt.

Regios Reichthum an Erdbil. Die Erdbilager Regios erstrecken sich über eine Oberfläche von 607 000 Quadratkilometer, d. h. über bedeutend mehr als ganz Frankreich. Hieron wird augenblicklich nur ein ganz verschwindender Teil, nämlich etwa 8000 Quadratkilometer, ausgebeutet, und zwar mit einer lächerlichen Menge von 1 330 000 Barrels. Da die Verwendung von flüssigen Feuerungsmitteln von Tag zu Tag steigt, so bestrebt Tampico, das Zentrum des Erdbilgebietes, günstigere Entwicklungsmöglichkeiten als Vera Cruz, obwohl letztere Stadt sonst als ein- und ausschließend bedeutend gehöret Vorteile aufweist. Tampico ist, so schreibt das „Wissen“, durch die Erdbilindustrie in wenigen Jahren eine Stadt von 50 000 Einwohnern, mit asphaltierten Straßen, großen Geschäftshäusern, Parks, Hotels und anderen Bequemlichkeiten der neuen Zeit geworden. Trotz der beschränkten Vorkommnisse und Transportverhältnisse hat Regios im Jahre 1917 7 Millionen Tonnen, 1918 10 Millionen Tonnen Erdöl geliefert.

Leile Nies, Tschernigoff, Zelle von Bobollen, Bekhnen und Jelaerinosiam. Zwischen beiden liegt Peiljura Zelle von Bobollen und Bobolien.

Die Region der ukrainisch-nationalen Bewegung unter dem Namen des Heimatschoropoden Ende November 1918 bis zum Ende von Truppen, teilweise von der Zivilbevölkerung besetzt veranlaßt worden, wobei das häßliche Kleinbürgertum besonders schlimm hauste. Vor allem waren aber die Truppen Peiljuras und Gogorjoffs, deren Offiziere vielfach der „Schwarzen Hundert“ angehören, sowie die zahllosen Räuberbanden, die sich im ganzen ukrainischen Gebiet befinden, an den Pogromen beteiligt. Die bolschewistische Exekution befehligen Schritt in der schändlichen Weise, in wenn sich unter ihren Truppen antisemitische Strömungen bemerkbar machen, und hat viele Hunderte, die sich an Pogromen beteiligen haben, erschlagen lassen. Vereinzelt Pogromen in der Zeit der florentischen Kämpfe Peiljuras in Schitomir und Odrach folgten in der Zeit vom Februar bis April, als sich die Peiljura-Truppen auf dem Rückzug befanden, unerschütterliche Schlächtereien. Besonders schlimm war die Peiljura-Schlächtereien in Proskurov (14. und 15. Februar 1919), wo der Oberst-Simojensko den Pogrom organisierte. Es ist absolut sicher festgestellt und registriert, daß dabei 1700 Juden ermordet worden sind. Verschlag sind ganze Familien völlig ausgerottet worden. In dem Proskurov benachbarten Hlischin wurden 400 Juden getötet. Ein besonderes schreckliches Fall war auch die Enthaltung eines Dampfzuges auf dem Dnjepr in der Nähe von Kiev, von dem 108 Juden ermordet wurden und ertränkt wurden.

Die schlimmste Periode wüthet aber erst seit April d. J. So haben die Grigorjoff-Truppen bei der Eroberung von Tschernigoff dort 800 Personen umgebracht. Die schlimmsten waren die Ausschreitungen in Elisabetsgrad (zirka 2000 Tote). Als sich die Bauern in Koschewitz gegen die bolschewistische Macht erhoben, ging der christliche Teil der Garnison zu ihnen über und entwarf die jüdischen Kameraden. Darauf wurden sämtliche mindestens 12jährige jüdischen Einwohner des Städtchens gefangen gesetzt und nach 3 Tagen ermordet. Mehr als 400 Personen sind dabei getötet worden.

Das national-jüdische Sekretariat hat sämtliche Pogrome genau registriert. Hiernach haben in der Zeit von Ende November bis zum 20. Mai 1919 in 147 Orten Pogrome und blutige Exzesse stattgefunden. Von weiteren 40 bis 50 Orten konnte der Umfang der Ausschreitungen noch nicht festgestellt werden. Bei diesen Pogromen sind 20- bis 35 000 Juden ermordet worden. Eine große namentliche Liste der Ermordeten ist in Händen des nationalen Sekretariats, so daß diese Liste als absolut zuverlässig und eher noch als zu klein bezeichnet werden kann.

„Spartakistische Putsch.“

Der einzigen Tagen verbreitete das B. L. D. folgende Meldung:

Die spartakistische und kommunistische Bewegung nimmt in einzelnen Städten, wie Breslau, Magdeburg, Bremen, Braunschweig und München wieder überhand. Es läßt sich genau feststellen, daß diese Städte als Stützpunkte für spartakistische Kämpfe gedacht sind. Die Regierung traf die sehr nötigen Vorkehrungen.

Diese Behauptung von geplanten spartakistischen Putsch ist nicht als ein sehr habenscheiniger Versuch, die Fortdauer des Belagerungszustandes zu rechtfertigen. Nachdem schon die Ausschreitungen in Braunschweig und Magdeburg die Nachricht als völlig unabweisbar gekennzeichnet haben, nimmt das rechtssozialistische „Bremer Volksblatt“ folgende Maßnahmen dazu Stellung: Wenn die Reichsregierung sich diese unverständliche Demagogie beim Volke gefallen läßt, so haben sämtliche Stellen unserer Partei die Pflicht, einmal Fraktur mit zu reden. Wir kennen die Verhältnisse der Bremer Arbeitererschaft, ohne einen Spießdiener dazu zu benötigen, sehr genau.

Es ist eine Lüge, die aus Reichfertigkeit nicht erwidert werden kann, wenn heute behauptet wird, hier seien neuerdings „spartakistische Wühlereien im Gange“.

Nachdem das Blatt darauf hingewiesen hat, daß derartige Meldungen auf die linksstehenden Parteien wirken müssen, läßt es fort:

„In verschiedenen oder unheimlich viel Schutze und Kleber (ein 1000 Mark).“

Nun ging es in dem Schwimmbassin „Hund“ wieder die fliegende Pöbel aufwärts, und wir warteten auf den Aufzug, aus dem nach große Eizentöhre herausgeschafft wurden. Dabei wanderten unsere Gedanken noch einmal zurück. Wir hatten nicht nur gelacht, sondern hatten mit unserem Führer auch über Gott und die Welt gesprochen. Die tiefsten Fragen wurden in dieser unterirdischen Welt besprochen. Von der Unsterblichkeit und vom Geist war nicht viel zu hören, aber auch die Regierung, die wirklich sehr lange bleiben könne, weil sie völlig kapitalistisch sei, ward „aufgekratzt“. Es tratutage, daß ein Hund bewußter industrieller Techniker mit 80 000 Mitgliedern ohne weiteres auch im sozialistischen Staate mitarbeiten würden, weil sie nicht mehr einsehen, daß auch sie bisher nur ausbeutet und schließt auch der Humor nicht. Im ersten Blöb sagte ich beim Aufsteigen: „Ich komme gar nicht hoch. Mit dem Knien will das gar nicht gehen.“ Worauf der Bergmann prompt antwortete: „Sie sind doch ein evangelischer Pastor! Nicht knien, sondern an den Hölzern hochziehen!“

Nun ging es die 300 Meter hinauf. Als halbe Negere wurden wir von unserem Lehrer fotografiert und verzoandeln und hatten eines schönen warmen Bades in Menschen. Die Arbeiter sind nicht so gut. Sie müssen sich bei Schichtwechsel zu 200 Mann mit 20 Duschern begnügen. Unser Dank war groß. Wir waren um eine der bedeutendsten und eindrucksvollsten Erfahrungen, die der heutige Mensch machen kann, reicher.

„Die Frau im Hermelin“, mit der das Theater des Jahres die Winterzeit erfolgreich eröffnete, ist eine Komödie, die sich über das in den letzten Jahren gewöhnliche Durchschnitt von Schaner und Weisheit, zu dem Jean Gilbert eine übergehört hat, die sich gleich der Wandlung der französischen Literatur nähert. Mit dem Hintergrund der französischen Revolution hat eine nicht gerade neuartige Schicksalsgeschichte ab, in der Liebe und ein wenig Hoppfassa moderner Bossenklager runden die Komödie ab, zumal wenn die Aufführung sich in einem so modernen Rahmen abspielet, wie sie das Theater des Jahres hat. Ganz anders der wachen Auswirkung und der ernsthaften

